

Der Frust fährt Bahn im Umland

Verspätungen im Westen Wiens - Pendler werden bei Umstieg auf „Öffis“ derzeit nur frustriert

Das Umsteigen auf „Öffis“ wird gepredigt – wenn aber Pendler dies wagen, werden sie derzeit nur frustriert. Im Westen Wiens gibt's Verspätungen – da fährt die Eisenbahn drüber.

WIEN – Die Klage vom Wiener Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker (SP) über Missstände beim Regionalverkehr der ÖBB ist eine weitere Stimme im großen Wehklagen. Auch die Grüne Abgeordnete Sigrid Pilz hatte Anfang Juni die ständigen Verspätungen und Zugausfälle – insbesondere auf der Linie S50 – angeprangert.

Und auf der Mucha-Website „für Kundenfrust“ findet sich die wohl umfassendste Ansammlung von Protesten frustrierter Pendler. In einem Beitrag heißt es etwa: „Ich nehme zwei bis drei Mal pro Woche den R2009 von Wien Hadersdorf nach Wien Westbahnhof. Sein November war er kein einziges Mal pünktlich.“

Ein Zug dreht um

Der Beschwerdeführer berichtet weiter: „Die Liste der Top 5 Begründungen führt unbestritten jene vom 16. März 2005 an: Dieser Zug dreht auf halbem Weg um. Warum? Na wir haben schon so viel Verspätung, dass wir nicht bis zum Endbahnhof fahren können.“

Dabei gäbe es bei Pendlern ein genau umgekehrtes Potenzial: „Eine Analyse der Verkehrsverbundes Ostregion (VOR) unter 33.000 Menschen hat ergeben, dass 22 Prozent der Auto fahrenden Pendler bereit wären auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen“, berichtet Schicker. „Die wichtigste Voraussetzung ist aber, dass ihnen das System ordentlich erklärt wird.“

Die Scheu vor dem Umsteigen sei aber in erster Linie ein psychologisches Problem, weiß Schicker aus der selben VOR-Untersuchung: „Eine einstündige Fahrt im Auto wird subjektiv wie eine dreiviertel Stunde erlebt. Sitzen die Menschen aber eine Stunde im Zug, so empfinden sie das wie eineinhalb Stunden.“

Derzeit sind in ganz Wien mehr Menschen mit Öffis, Rad und zu Fuß als mit dem Auto unterwegs. Bei den Pendlern ist das Verhältnis umgekehrt: Da sind es zwei Drittel, die ins Auto einsteigen. Schicker: „Wir bräuchten bei den Pendlern eine Steigerung des Anteils öffentlicher Verkehrsmittel um 20 Prozent. Würden 50 Prozent öffentlich fahren, hätten wir gewonnen.“

Geldhahn zuge dreht

Der derzeitige Trend sei aber genau umgekehrt – vor allem durch die Ausdünnung der öffentlichen Mittel. Einerseits zahle der Bund nicht mehr 63,7 Millionen Euro in den Topf für den öffentlichen Nahverkehr ein – sondern nur noch 8,5 Millionen Euro. Weiters wurden laut Schicker bisher 50 Prozent der Investitionen vom Bund getragen – ab heuer sei es aber nur noch ein Drittel. Den Rest müssen die Länder übernehmen. (frei)